

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Buchhandlungen

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich drei Mark 20 Pf. (Halbmonatlich 1 Mark 10 Pf.) durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schmiedestraße 2 / Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanstalt: Arbeiter-Zeitung Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Dresden, Donnerstag, den 22. Dezember 1927 Nummer 297

Vormarsch zur Diktatur

Organisiert die Gegenaktion — Kampf am 1. Januar

Raub des Wahlrechts geplant

Die Industriellen führen ihren Vorstoß planmäßig nach allen Seiten vorwärts. Die Reihe der Aktionen begann mit der Aussperrung der Braunkohlenarbeiter. Dieser folgte dann der Angriff an der Ruhr, der Schiedspruch und die Verbindlichkeitsklärung. Noch war diese letztere nicht gefallen, da kam der Vorstoß der Industriellen, das Einbringen des Notprogramms, die Forderung diktatorischer Rechte für den Reichsfinanzminister.

Die frechen wirtschaftlichen Angriffe konnten nur erfolgen, was von Anfang an klar, wenn die Industriellen gleichzeitig mit einem weiteren politischen Vorstoß vorgingen. Auch hierzu wurden seit langem die Vorbereitungen getroffen. Die falschlischen Verbände machten einen offenen Angriff durchzuführen, einen neuen Marsch auf Berlin. Der bisher noch ausschlaggebende Teil der Industriellen weiß, daß ein solcher Marsch den geschlossenen und entschlossenen Widerstand der gesamten Arbeiterklasse zur Folge haben muß. Diese Industriellen wählen deswegen einen anderen Weg.

Schon vor einigen Wochen schrieben wir, daß die Zeitung der Partei Stresemanns in Dresden, der Dresdner Anzeiger, erklärte, daß, wenn die Neuwahlen nicht so ausfallen, daß eine ordnungsmäßige Regierung zustande kommt, dann zum Artikel 48 gegriffen, der Ausnahmezustand verhängt werden müsse, um dann das Wahlrecht zu ändern. Kurz nach Erscheinen dieses Artikels erschien dann in den Dresdner Neuesten Nachrichten ein Artikel, der eine Veränderung des Wahlrechts noch vor den Neuwahlen verlangte. Auch andere Zeitungen im Reich traten wieder mit dieser Forderung hervor.

Nach der letzten Entscheidung des Staatsgerichtshofes über Hamburg, Mecklenburg usw. muß die Reaktion diese Lage, um zu einem neuen Vorstoß auszuholen. Vorläufig segelt man dabei noch unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Splitterparteien. Die Hoffische Zeitung berichtet heute:

„Das Urteil des Staatsgerichtshofes, durch das die Hamburger Wahlen für ungültig erklärt worden sind — auch die Landtagswahlen in Mecklenburg und in Hessen werden wohl wiederholt werden müssen —, wird wahrscheinlich den Anstoß geben zu einer Abänderung des Reichswahlgesetzes mit der Tendenz, die Bildung von Splitterparteien möglichst einzuschränken. Es hat den Anschein, daß innerhalb der Reichsregierung die Einbringung einer entsprechenden Novelle zum Reichswahlgesetz noch vor der Auflösung des Reichstages geplant wird.“

Die deutsche Bourgeoisie hat geplant, schrittweise vorzugehen. Sie hält deswegen erst zu einem Schritt aus. Es soll zuerst das Reichswahlgesetz geändert werden. Eine Abänderung des Wahlrechts schlägt man noch nicht vor, wenigstens wird öffentlich noch nicht darauf hingewiesen. Bisher wurden für die Aufhebung neuer Listen zur Wahl 500 Unterschriften gefordert. Diese Zahl soll jetzt verzehnfacht, also auf 5000 erhöht werden. Dies ist selbstverständlich nur der erste Schritt, den man durchführt. Der zweite wird, falls man nicht vorher den Artikel 48 in Bewegung setzt, die Aufhebung der Listenwahlen, die andere Art der Wahlweise sein.

Die Arbeiterklasse darf sich diesen Vorgängen gegenüber nicht passiv verhalten. Es handelt sich hierbei keineswegs um eine parlamentarische Aktion. Hinter diesen Vorgängen steht die Absicht des brutalen Kampfes gegen die politischen Rechte der Arbeiter überhaupt. Wir erinnern an die Ausführungen des Stahlhelmhüptlings Seidte, der in Nürnberg erklärte, man solle ein paar Batterien vor dem Reichstag aufahren lassen und die Abgeordneten nach Hause schicken.

Hier kommt sehr offen und unerschrocken der Wille zur Diktatur zum Ausdruck. Kampf gegen die Arbeiter, Unterdrückung der Wertigkeiten, Rechtslosmachung, das sind die Ziele, auf die das Kapital zuseuert. Im zehnten Jahre nach der Novemberrevolution sollen die Arbeiter härter entsetzt werden als sie es vor der revolutionären Bewegung waren.

Bezeichnend ist, daß die Demokraten die stärksten Verleumdungen des Angriffs auf das Wahlrecht sind. Sie kapitalisieren nicht nur vor dem Finanzkapital und der Schwerindustrie, sondern sind zu deren ersten Interessenvertretern geworden. Die Hoffische Zeitung beschwert sich darüber, daß selbst Reubell noch nichts zur Verflechtung des Wahlrechts getan hat.

Auch auf dem Boden der Wirtschaftsdiktatur stellt sich die Demokratische Partei hinter die Schwerindustrie und bietet sich zur Vertretung der Interessen des Finanzkapitals an. Der Demokratische Wirtschaftsdienst verbreitet eine Erklärung, daß das Notprogramm der Industriellen nicht nur eine Resolution bleiben dürfte, sondern unter allen Umständen in die Tat umgesetzt

die Krise der Wirtschaft auf die Parteien besinnen müssen, die in den Parlamenten seither im Sinne dieses Programms arbeiten. Die Demokraten biedernd sich bei der Schwerindustrie an, um ihrem katastrophalen Rückgang ein Ende zu bereiten.

Die SPD nimmt zu dem „Notprogramm“ der Industriellen so wenig wie möglich Stellung. Sie wird immer in einer Linie mit den Kapitalisten stehen.

Unter dem Gesichtswinkel dieser Angriffe auf die Arbeiter muß man auch den gestern schon von uns mitgeteilten Aufruf der Stahlhelfer zur Generalamnestie betrachten. Die Stahl-

helfer wollen ihre Leute frei zum Kampf, sie spekulieren darauf, daß sie demnächst legal die Taten zu vollbringen vermögen, für die jetzt noch einige ihrer Leute zur geringen Strafe verurteilt in den Festungen sitzen. Die Forderung der Amnestie zur Befreiung der Kommunisten dient dabei nur als eine Verschleierrung der Absichten und Ziele.

Die Gesamtfrage zeigt, der Bürgerblock arbeitet auf die verschärfte offene Diktatur hin. Die Arbeiter dürfen diesen Vorgängen nicht schweigend zusehen. Es gilt, schnellstens den Kampf aufzunehmen. Die einzig treffende und entscheidende Antwort ist der Streik zum 1. Januar. Die gesamte Arbeiterschaft muß diese Entscheidung erzwingen. Ausweichen heißt: halb verlieren. Wenn die Arbeiterschaft jetzt nicht kämpft, wird sie unter ungleich größeren Opfern später zum Kampf gezwungen werden.

Die Arbeiter fordern Streik

Kampfstimmung im Ruhrgebiet / SPD-Presse betrügt Arbeiter

Wie uns aus Bochum berichtet wird, ist die Arbeiterschaft in den Hüttenbetrieben nicht gewillt, sich dem Schiedspruch und der vom Reichsarbeitsminister ausgesprochenen Verbindlichkeitsklärung zu fügen. In zahlreichen Belegschaftsversammlungen haben die Arbeiter zu der durch die Verbindlichkeitsklärung geschaffenen Lage Stellung genommen. Die Absicht der reformistischen Gewerkschaftsführer, die jede Kampfmaßnahme zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen abzulehnen, hat die Empörung unter den Arbeitern gewaltig gesteigert. Die gesamte Belegschaft der Hüttenbetriebe hat sich in einer Versammlung in Bochumer Beelen, nahm in einer Betriebsversammlung zu dem Schiedspruch Stellung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Kollegen der Dreherei des Hüttenwalzwerkes Höpfer haben Stellung zu dem Schiedspruch genommen und sehen, daß die Forderungen des RWB nicht erfüllt sind. Die Kollegen verlangen, daß der RWB an seinen Forderungen festhält und den Kampf hierfür aufnimmt, auch gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch. Wir verlangen Urabstimmung über den Schiedspruch und über Streik oder nicht Streik.“

Die Versammlung beschloß weiter, eine Delegation zur Verhandlung zu entsenden, die dort die Durchsetzung der in der Resolution niedergelegten Forderungen verlangen soll.

Das Berliner Tageblatt läßt sich aus Düsseldorf melden, daß die Unternehmer sich trotz „schwerer Bedenken“ der Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministeriums fügen und den Schiedspruch in „sanfter“ Weise durchführen wollen. Was die Schwerindustrie darunter versteht, bedarf keiner Worte. Der Schiedspruch gestattet ihnen die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes in Bezug auf die Arbeitszeit und gibt ihnen zugleich noch die Möglichkeit der Einführung der Sonntagsarbeit.

Die Gewerkschaftsführer, die Reichel, Wolf und Genossen, wußten seit Monaten, daß es so kommen würde. Mit ihrer seligen Unterwerfung unter das freche Diktat der Bürgerblockregierung liefern sie das Ruheproletariat der Willkür des Truistkapitals aus. Mit ihrer Stellung, daß gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch keine Kampfmaßnahmen getroffen werden konnten, machen die Reformisten die einzige Waffe der Arbeiterklasse, ihre Organisationen, stumpf in dem Augenblick, wo der Klassengegner die Arbeiter mit der schärfsten Waffe überfällt. Nicht nur, daß dadurch die Position der Arbeiter geschwächt wird — die Reformisten geben mit diesem seligen Verhalten den Industriellenverbänden im ganzen Reich das Signal zu gleichem Vorgehen. Das sind die Konsequenzen, die sich ergeben, wenn es den Reformisten gelingt, den Kampf abzumürgen. Auf der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes ruht eine ungeheure Verantwortung gegenüber der Gesamtarbeiterschaft. Sie darf sich der Verbindlichkeit nicht unterwerfen, darf nicht länger dulden, daß die Reformisten an der Spitze ihrer Organisationen stehen und jeden Kampf um den Achtstundentag sabotieren. Sie muß sofort alle Vorbereitungen treffen, um am 1. Januar den Angriff des Truistkapitals und der Bürgerblockregierung trotz reformistischer Sabotage mit dem Streik zu beantwortigen. Nur im Kampfe wird der Achtstundentag errungen werden können.

Die sozialdemokratische Presse Sachsens registriert die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches als die selbstverständliche und harmloseste Sache. Die Leipziger Volkszeitung und das Sächsisch-Bochumer Blatt in Zwickau, das Blatt der „linken“ Genossenschaft und Paul Lejbs begnügen sich mit dem Abdruck einer

schlechte Erklärung des Schlichtungsverfahrens eine neue Versuchungsprobe erfahre und der Eindruck erweckt würde, „als ob systematisch eine Niederhaltung der Arbeiterforderung erfolgen soll“. So bedauern die wortbrütigen Phrasen, daß der Schlichterspruch und das freche Diktat der Bürgerblockregierung das Mißtrauen gegen das Schlichtungsverfahren, gegen das sie grundsätzlich nichts einzuwenden haben, gestärkt wird. Dann aber schreibt das Blatt: „Die Erregung und Empörung über die Maßnahmen der rheinisch-westfälischen Truismagnaten innerhalb der Arbeiterschaft ist so groß, daß diese sich durch formalgesetzliche Bestimmungen in ihren berechtigten Forderungen nicht länger binden lassen kann.“

Was sollen diese Worte bedeuten? Will damit die Dresdener Volkszeitung dem Kampf der Arbeiter trotz Verbindlichkeitsklärung das Wort reden? Auch hier wieder zähe Töne, ohne zu sagen, was die Arbeiter tun müssen. Wäre es der Volkszeitung ernst mit dem, was sie schreibt, wollte sie damit nicht nur eine Konzession an die erregte Stimmung der Arbeiter machen, müßte sie zum Kampf gegen die formalgesetzlichen Bestimmungen. Das heißt gegen die Verbindlichkeitsklärung, für den sofortigen Streik gegen das Schlichterdictat aufrufen. Das aber wollen diese bankrotten Strategen nicht, und deshalb schweigt das Blatt auch darüber, was nun die Arbeiter zu tun haben. Nichts weiter als ein Betrugsmasche, das ist der Sinn dieser radikal klingenden Worte, hinter denen sich nur die Absicht verbirgt, die Arbeiter über den Bankrott der reformistischen Strategie hinwegzutäuschen.

Der große Plan des sozialistischen Aufbaues

Ueber die Wirtschaftsdiszussion auf dem 15. Parteitag der KPD (Von unserem Sonderberichterstatter.)

Moskau, den 15. Dezember 1927.
Nach der großen politischen Debatte zum Bericht des Zentralkomitees, in deren Mittelpunkt die Frage der Opposition stand, ist der 15. Parteitag in geschäftliche Beratung der großen Aufgaben des sozialistischen Aufbaues getreten. Zum Referat des Genossen Orskanowitsch über die Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion bediente der Parteitag erbarungslos alle Mängel und Schwächen des Staatsapparates auf und entwarf die Mittel und Wege zur Vervollkommnung der Staatsmaschinerie, zur Hebung und Rationalisierung der Administration usw. Der außerordentliche Plan des großen wirtschaftlichen Aufbaues fand seinen Ausdruck in den Referaten des Genossen Kozlow und Krichanowitsch und der drei Tage dauernden Diskussion, an der Wirtschaftsfachleute und lokale Vertreter aus allen Teilen der immensen Sowjetunion teilnahmen.

Welches Bild des sozialistischen Aufbaues der Wirtschaft ergab sich aus diesen Verhandlungen des Parteitages?

Das zehnjährige Jubiläum der Sowjetunion hat die gewaltigen positiven Errungenschaften der Sowjetmacht aufgezeigt. Die Verläde der Wiederherstellung des Alten ist zu Ende, der Neuaufbau ist in vollem Gange. Wenn man bis jetzt gewohnt war, den Stand der Industrie, des Ackerbaues, der Bahnen der USSR usw. mit denen der Vorkriegszeit zu vergleichen, so sind diese Maßstäbe jetzt schon überholt. Die Sowjetwirtschaft, das einzige streng planmäßige Wirtschaftssystem der Welt, arbeitet fähig auf den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft hin, für die heute noch die Technik des Kapitalismus erhabener sein mag, die sich aber weit größere Ziele stellt, als die kapitalistische Wirtschaft.